ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Konjunkturperspektiven 2004/2005: Erholung setzt sich fort

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2004) : Konjunkturperspektiven 2004/2005: Erholung setzt sich fort, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 11, Iss. 6, pp. 18-22

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169741

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunkturperspektiven 2004/2005: Erholung setzt sich fort[1]

Wolfgang Nierhaus[2]

Weltwirtschaft verliert etwas an Dynamik

Der kräftige Aufschwung in der Weltwirtschaft verliert seit dem Frühjahr 2004 etwas an Fahrt. Die Abschwächung erklärt sich zum Teil aus einer Straffung der bisher sehr expansiven Wirtschaftspolitik. Zwar blieben die monetären Rahmenbedingungen zumeist ausgesprochen günstig. In den USA liefen aber finanzpolitische Impulse aus, und in China, dem zweiten Kraftzentrum, wurden administrative Maßnahmen ergriffen, um die überschäumende Konjunktur zu zügeln. Zusätzlich gedämpft wurde die wirtschaftliche Aktivität von dem starken Anstieg der Rohölpreise. Sie erreichten bis in den Oktober immer neue Rekordhöhen. Der ölpreisbedingte Kaufkraftentzug bremste insbesondere den privaten Konsum. Die Unternehmensinvestitionen, die – unterstützt von der sehr expansiven Geldpolitik im vergangenen Jahr – mehr und mehr Dynamik entfaltet hatten, wurden hingegen weiter zügig ausgedehnt.

Für den Prognosezeitraum ist zu erwarten, dass die Geldpolitik weltweit angesichts der sich festigenden Konjunktur allmählich weiter gestrafft wird, um einer Verstärkung der Inflationserwartungen vorzubeugen. Zwar dürfte die Geldpolitik auch im Jahr 2005 noch nicht restriktiv wirken, doch werden die Anregungen für die Konjunktur von monetärer Seite nach und nach geringer. Hinzu kommt, dass die Finanzpolitik im kommenden Jahr auch in den USA nicht mehr expansiv ausgerichtet ist und dadurch die konjunkturelle Expansion etwas nachlässt. In Japan steht der verminderten Zunahme der Exporte eine Festigung der Binnenkonjunktur gegenüber. Im Euroraum steigt die Produktion in wenig verändertem Tempo. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in der Welt im kommenden Jahr mit einer Rate von 3,2 % zunehmen, nach einem sehr kräftigen Anstieg um 3,9 % in diesem Jahr. Insgesamt scheinen die konjunkturellen Auftriebskräfte so gefestigt zu sein, dass trotz des Ölpreisanstiegs und der nachlassenden Impulse der Geld- und Finanzpolitik ein Abgleiten in einen Abschwung nicht zu erwarten ist. Gleichwohl bildet der Ölpreisanstieg gegenwärtig ein besonderes Risiko für die weitere Entwicklung.

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturelle Dynamik bleibt gering

In der deutschen Wirtschaft hat sich die Erholung in der ersten Hälfte dieses Jahres spürbar gefestigt. Die konjunkturelle Dynamik ist im Vergleich zu früheren Aufschwüngen aber gering. Impulse kamen bisher ausschließlich vom Ausland. Sie haben noch nicht auf die Nachfrage im Inland übergegriffen und die binnenwirtschaftliche Schwäche hält nunmehr ungewöhnlich lange an. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Belebung noch nicht angekommen. Zwar nimmt die Zahl der Beschäftigten seit Jahresbeginn langsam zu. Dies ist aber vor allem eine Folge neuer Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Minijobs und Ich-AGs. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist hingegen weiter gesunken und die Arbeitslosigkeit ist spürbar gestiegen. Die Zahl der offenen Stellen nimmt nach wie vor ab. Der Preisauftrieb hat sich im Gefolge der starken Verteuerung von Energieträgern und anderen Rohstoffen sowie neuerlicher Anhebungen von administrierten Preisen beschleunigt, ohne dass sich aber inflationäre Gefahren zeigen. Insbesondere sind keinerlei Zweitrundeneffekte des Ölpreisanstiegs sichtbar. Der Anstieg der Effektivlöhne ist auf Grund der vermehrten Inanspruchnahme betrieblicher Öffnungsklauseln und auf Grund von Kürzungen übertariflicher Leistungen gering.

Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute, dass die außenwirtschaftlichen Impulse schwächer werden, da der globale Aufschwung insbesondere in seinen Kraftzentren USA und China an Tempo verliert. Vor diesem Hintergrund werden die Exportzuwächse in der Tendenz sinken, gleichzeitig expandiert die Inlandsnachfrage nicht stark genug, um dies auszugleichen. Maßgeblich für die Verlangsamung ist die geringe Zunahme des privaten Konsums. Zwar wird er sich zu Jahresbeginn 2005 im Gefolge der nächsten Stufe der Steuerreform und der Aufhellung der Arbeitsmarktperspektiven beleben. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Zunahme aber vergleichsweise gedämpft bleiben, denn die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte sind insbesondere wegen geringer mittelfristiger Wachstumsaussichten gedrückt;

[1] *Gekürzte Fassung des „Herbstgutachtens" der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 20/2004, S. 3–53.*

[2] *Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.*

bremsend wirken zudem die weiterhin hohen Energiepreise. Merklich rascher dürften die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet werden. Neben anhaltend günstigen Absatzperspektiven im Ausland spielt hierfür die bessere Ertragssituation infolge der niedrigen Zinsen, der wenig steigenden Löhne sowie der Konsolidierungserfolge in den Unternehmen eine Rolle. Ein Ende der Talfahrt bei den Bauinvestitionen ist dagegen im Prognosezeitraum nicht abzusehen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt gemäß der Prognose von fünf Instituten im Jahr 2005 um 1,5 % zunehmen, nach 1,8 % im Jahr 2004 (vgl. Abb. 1).[3]

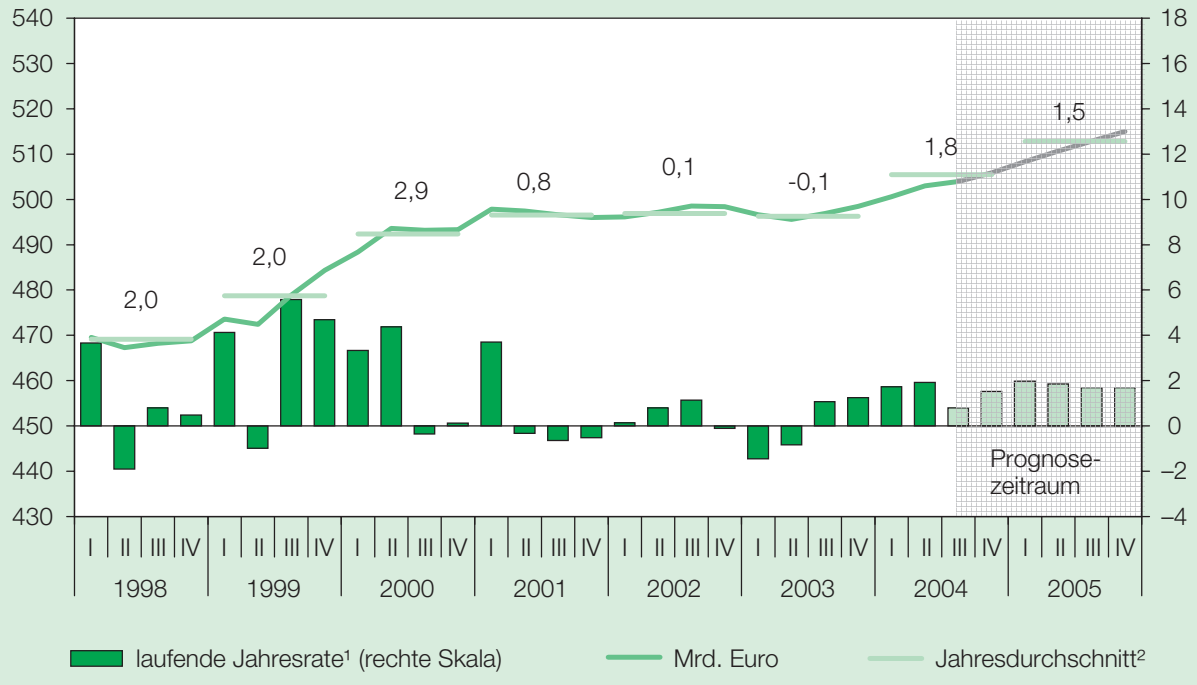
Die Beschäftigungsperspektiven werden sich mit fortschreitender Belebung der Konjunktur allmählich aufhellen. Angesichts des von der Mehrheit der Institute erwarteten nur moderaten Wachstumstempos ist eine rasche und durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum allerdings wenig wahrscheinlich. Der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung dürfte erst im späteren Verlauf des Jahres 2005 zum Stillstand kommen. Alles in allem dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Prognosezeitraum weiter steigen, insbesondere im Niedriglohn- und Teilzeitbereich. Die Zahl der Arbeitslosen wird etwas abnehmen (vgl. Tab. 1).[4]

Trotz der konjunkturellen Erholung hat sich die Finanzlage des Staates im Jahr 2004 nicht gebessert. Das Defizit dürfte mit knapp 83 Mrd. € sogar etwas höher ausfallen als 2003, und dies obwohl die Ausgaben stagnieren. Mit 3,8 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogene Defizitgrenze abermals deutlich überschritten. Neben den zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Einkommensteuerentlastungen in Höhe von 15 Mrd. €, die einen merklichen Rückgang der Abgabenbelastung bewirkten, ist dies auch darauf zurückzuführen, dass die

[3] *Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) prognostiziert dagegen für das kommende Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,0 %. Es teilt die Auffassung der Mehrheit der Institute nicht, dass sich die Konjunktur im Jahr 2005 wieder abflacht, sondern geht von einer leichten Beschleunigung im Verlauf aus.*

[4] *Die Erwerbstätigenrechnung für 2005 wird weitgehend entsprechend dem 2004 geltenden Recht dargestellt, d. h. die von Hartz IV (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) ausgehenden Arbeitsmarktwirkungen sind hier nicht berücksichtigt.*

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt (Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab III. Quartal 2004: Prognose.

Tabelle 1: Arbeitsmarktbilanz[a] (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.681	38.863	38.642	38.265	38.344	38.549
Arbeitnehmer	34.680	34.786	34.545	34.096	34.054	34.209
Selbstständige	4.001	4.077	4.097	4.169	4.290	4.340
Pendlersaldo	67	59	54	49	54	60
Erwerbstätige Inland	38.748	38.922	38.696	38.314	38.398	38.609
Arbeitslose	3.890	3.853	4.061	4.377	4.368	4.334
Arbeitslosenquote[b]	9,1	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Erwerbslose[c]	3.065	3.109	3.438	3.838	3.913	3.901
Erwerbslosenquote[d]	7,3	7,4	8,2	9,1	9,3	9,2
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	86	123	207	195	135	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	313	243	192	142	140	140
Neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik[e]	–	–	–	62	218	275
Berufliche Vollzeitweiterbildung	324	315	300	224	170	180
Westdeutschland[f]						
Erwerbstätige Inländer[g]	30.916	31.145	31.047	30.750	30.849	31.034
Arbeitslose	2.381	2.321	2.498	2.753	2.768	2.744
Arbeitslosenquote[b]	7,2	6,9	7,4	8,2	8,2	8,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	59	94	162	160	110	85
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	70	53	42	30	45	45
Berufliche Vollzeitweiterbildung	177	169	162	129	95	90
Ostdeutschland[f]						
Erwerbstätige Inländer[g]	7.765	7.718	7.595	7.515	7.495	7.515
Arbeitslose	1.509	1.532	1.563	1.624	1.600	1.590
Arbeitslosenquote[b]	16,3	16,6	17,1	17,8	17,6	17,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	27	29	45	35	25	15
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	244	190	150	111	95	95
Berufliche Vollzeitweiterbildung	148	146	138	95	75	90

a) Die Effekte, die sich aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum 01.01.2005 ergeben, bleiben in der Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). e) „Kapital für Arbeit“, „Ich-AG“, Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, „Jump Plus“. – f) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländereinschließlich Berlin. – g) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2004.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Haushaltskonsolidierung langsamer vorankommt als von der Bundesregierung zugesagt. Alles in allem wird sich das Budgetdefizit des Staates im nächsten Jahr auf knapp 78 Mrd. € beziehungsweise 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts verringern (vgl. Tab. 2). Die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird damit das vierte Mal in Folge überschritten. Dabei wird die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge weiter abnehmen.

Exkurs: Ostdeutschland

Auf die Wirtschaft in den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) hat die konjunkturelle Besserung im bisherigen Jahresverlauf nicht übergegriffen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stagnierte hier die gesamtwirtschaftliche Produktion, auch weil die Exportorientierung der ostdeutschen Wirtschaft geringer ist; gegenüber dem Vorjahr ergab sich immerhin noch ein Anstieg um 1,5 %. Zwar erhöhte sich im Sog der allgemeinen konjunkturellen Belebung die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe im Verlauf der ersten Jahreshälfte; gegenüber dem Vorjahreszeitraum war der Zuwachs mit 9,6 % sogar doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Dem standen aber die Konsumschwäche, die vor allem die Wertschöpfung im Handel beeinträchtigte, und der Verlust an Wertschöpfung im öffentlichen Sektor infolge des anhaltenden Beschäftigungsabbaus bei Ländern und Kommunen entgegen. Hinzu kamen erneut herbe Rückschläge im Baugewerbe; Sondereffekte aus der Beseitigung der Flutschäden und einige Vorzieheffekte infolge der Kürzung der Eigenheimzulage bremsten den Rückgang der Bauproduktion lediglich vorübergehend ab. Im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern um 1,4 % und damit etwas langsamer als in den alten Ländern zunehmen. Im kommenden Jahr wachsen beide Regionen mit der gleichen Rate.

Zur Wirtschaftspolitik[5]

Das Jahr 2005 wird laut Prognose der Institute konjunkturell kein schlechtes Jahr. Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft wird jedoch nicht überwunden. Die Wirtschaftspolitik muss alles daran setzen, die Wachstumskräfte zu stärken. Mit der Agenda 2010, insbesondere

[5] *Das DIW Berlin vertritt eine von den anderen Instituten abweichende Meinung zur Wirtschaftspolitik. Es sieht die entscheidenden Ursachen für das schwache Wachstum und die hohe Arbeitslosigkeit in einem Nachfragemangel, auf den seit Jahren wirtschaftspolitisch nicht angemessen reagiert wurde und der sich deshalb verschärfte.*

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt[a]					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,1	–0,1	1,8	1,5
Westdeutschland[b, c]	1,0	0,2	–0,1	1,8	1,5
Ostdeutschland[c]	–0,2	0,1	0,2	1,4	1,5
Arbeitslosenquote[d] (in %)	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Verbraucherpreise[e]					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,4	1,1	1,6	1,5
Lohnstückkosten[f]					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	1,1	0,7	–1,3	–0,3
Finanzierungssaldo des Staates[g]					
Mrd. €	–58,6	–77,5	–81,3	–82,9	–77,6
% des nominalen Bruttoinlandsprodukts	–2,8	–3,7	–3,8	–3,8	–3,5
Leistungsbilanzdefizit (in Mrd. €)	1,7	45,7	48,1	85	95

a) In Preisen von 1995. – b) Einschließlich Berlin. – c) Rechenstand: April 2004. – d) Arbeitslose in 5 der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – e) Verbraucherpreisindex (2000 =100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis VGR der Länder, Deutsche Bundesbank, 2004 und 2005: Prognose der Institute.

mit den inzwischen beschlossenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der sozialen Sicherung, hat die Bundesregierung Weichen in die richtige Richtung gestellt. Rasche Erfolge sind davon allerdings nicht zu erwarten, da solche Reformen erst nach und nach ihre volle Wirkung entfalten.

Die Neuausrichtung der **Arbeitsmarktpolitik** hat zu einer überraschend starken Inanspruchnahme eines Teils der neu eingeführten Instrumente geführt. Dies allein ist aber noch kein Gradmesser für den Erfolg. So fand der hohe Zuspruch keinen großen Niederschlag im Arbeitsvolumen. Dessen rückläufiger Trend wird durch die bisherigen Reformmaßnahmen allenfalls etwas gebremst. Vor allem trägt die Arbeitsmarktpolitik wenig dazu bei, die Erosion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu stoppen. Der erste Arbeitsmarkt muss wieder stärker in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rücken. Geschieht dies nicht, ist die Gefahr groß, dass der Staat in wachsenden Segmenten des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze auf Dauer subventioniert. Dies ist ordnungspolitisch bedenklich und trägt nicht dazu bei, mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen.

Ein Kernproblem am ersten Arbeitsmarkt bleibt nach Auffassung von fünf Instituten die Lohnentwicklung. Um die Erwartungen der Unternehmen zu stabilisieren, sollten die Gewerkschaften eine glaubwürdige **Lohnpolitik** mit mittelfristig relativ niedrigen Lohnforderungen ankündigen und darauf verzichten, bei einem eventuellen Aufschwung schnell wieder vermeintliche Verteilungsverluste ausgleichen zu wollen. Als Leitregel für künftige Lohnverhandlungen könnte dienen, von der Trendwachstumsrate der Arbeitsproduktivität einen Abschlag vorzunehmen und nur die erwartete Inflationsrate zu berücksichtigen, die nicht auf der Anhebung administrierter Preise oder auf eine Verschlechterung der Terms of Trade zurückgeht. Eine solche Lohnpolitik gibt den Marktkräften wieder mehr Spielraum, die Lohnstruktur kann sich flexibler neuen Marktkonstellationen anpassen und die seit einiger Zeit negative Lohndrift dürfte sich verkleinern oder sogar wieder positiv werden.

Die **Finanzpolitik** in Deutschland hat erneut wichtige Ziele verfehlt. Zwar hat sie in jüngster Zeit einige Maßnahmen getroffen, die Wachstum und Beschäftigung tendenziell begünstigen. Ein schlüssiges Konzept für eine wachstumsfördernde Politik ist von der Bundesregierung bislang aber nicht vorgelegt worden. Vielmehr bleibt der Eindruck, es handelt sich überwiegend um Einzelmaßnahmen, die darüber hinaus zum Teil nur deshalb ergriffen wurden, weil sich die Haushaltslage immer weiter zugespitzt hat. Das staatliche Defizit beträgt in diesem Jahr voraussichtlich knapp 83 Mrd. € (3,8 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt). Zwar ist für das kommende Jahr mit einer Abnahme auf 78 Mrd. € (Defizitquote 3,5 %) zu rechnen. Jedoch wird damit die im Stabilitäts- und Wachstumspakt genannte Obergrenze im vierten Jahr in Folge überschritten, wenn nicht mehr gespart wird. Die Institute stimmen darin überein, dass ein erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht, dass im Stabilitätsprogramm 2004 ein verbindlicher Konsolidierungsplan verabschiedet und dass hierbei auf der Ausgabenseite angesetzt werden sollte. Unterschiede gibt es hinsichtlich der Orientierung an Budgetsalden oder Ausgabenpfaden und hinsichtlich der zeitlichen Perspektive. Dies betrifft einerseits die Handhabung des Paktes, andererseits auch die Politik für das Jahr 2005. Die Mehrheit der Institute (RWI Essen, HWWA Hamburg, IfW Kiel und ifo München[6]) plädiert dafür, die Konsolidierung im kommenden Jahr zu verstärken, ein Sparprogramm aufzulegen und auf jeden Fall das Defizit auf 3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu begrenzen. Eine Reform des Paktes halten diese Institute nicht für notwendig.[7]

Die **Geldpolitik** wirkt nach wie vor anregend auf die Konjunktur im Euroraum und in Deutschland. An diesem Kurs sollte die Europäische Zentralbank (EZB) nach Einschätzung der Institute ungeachtet des durch den Ölpreis bedingten Anziehens der Inflationsraten im Grundsatz festhalten, solange es keine Anzeichen dafür gibt, dass die höheren Energiepreise Zweitrundeneffekte bei den Löhnen nach sich ziehen. Bei gefestigter Konjunktur sollte sie jedoch Wachsamkeit signalisieren; es ist angemessen, dass sie ihren Leitzins im kommenden Jahr um 1/4-Prozentpunkt heraufsetzt, denn die Risiken, die zu dem außerordentlich niedrigen Zins geführt haben, bestehen zum großen Teil nicht mehr. Der hier vorgelegten Prognose zufolge wird der Preisniveauanstieg im Euroraum im Frühjahr kommenden Jahres wieder unter die 2-Prozent-Marke sinken.

[6] *Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.*

[7] *Anders als die Mehrheit der Institute sind das DIW Berlin und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) der Meinung, dass eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht zwangsläufig mit einer Lockerung des Konsolidierungskurses oder gar einer Abkehr hiervon gleichzusetzen ist. Wie in früheren Gemeinschaftsgutachten bereits mehrfach beschrieben, halten die beiden Institute daran fest, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt grundlegend reformiert und auf Ausgabenziele umgestellt werden muss.*